

STATISTISCHES BUNDESAMT

PROTOKOLL

über die

13. TAGUNG DES STATISTISCHEN BEIRATS

25. und 26. Mai 1965 - Wiesbaden

STATISTISCHES BUNDESAMT

Abt. I

P r o t o k o l l

über die 13. Tagung des Statistischen Beirats

am 25. und 26. Mai 1965

A n w e s e n d e:

Präsident P. Schmidt (als Vorsitzender)	Statistisches Bundesamt	Wiesbaden
--	-------------------------	-----------

A. Vertreter der Bundesministerien

Dr. Achenbach	Auswärtiges Amt	Bonn
Dr. Wegner	Bundesmin. des Innern	Bonn
Wahl	" der Justiz	Bonn
Dr. Blatzheim	" der Finanzen	Bonn
Dr. Raabe	" für Wirtschaft	Bonn-Duisdorf
Dr. v.Brandenstein	" für Ernährung, Landw. und Forsten	Bonn-Duisdorf
Hix	" "	Bonn-Duisdorf
Dr. Knolle	" für Arbeit und Sozialordnung	Bonn-Duisdorf
Dr. Michel	" der Verteidigung	Bonn
Fidelak	" für Verkehr	Bonn

Müller	Bundesmin. für das Post- und Fernmelde- wesen	Bonn
Arlt	" "	Bonn
Dr. Fey	Bundesmin. für Wohnungs- wesen, Städtebau und Raum- ordnung	Bad Godesberg
Kratzer	Bundesmin. für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsge- schädigte	Bonn
Fr. Dr. Drechsler	Bundesmin. für gesamtdeutsche Fragen	Bonn
Graf von Korff	Bundesmin. für Angelegenhei- ten des Bundesrates und der Länder	Bonn
Fr. l. Silbersiege	Bundesmin. für Familie und Jugend	Bonn
Fr. Quante	Bundesmin. für wissenschaft- liche Forschung	Bad Godesberg
Dr. Frh. v. Buttlar	Bundesschatzministerium	Bad Godesberg
Gebauer	Bundesmin. für wirtschaftliche Zusammenarbeit	Bonn
Dr. Ziesmer	Bundesmin. für Gesundheits- wesen	Bad Godesberg
Dr. Riediger	Bundesrechnungshof	Frankfurt a.M.
Dr. Effmert	Deutsche Bundesbahn	Frankfurt a.M.
Dr. Weinhold	Deutsche Bundesbank	Frankfurt a.M.

B. Vertreter der Statistischen Landesämter

Sachse	Stat. Landesamt Schleswig Holstein	Kiel
Dr. Boustedt	Stat. Landesamt Hamburg	Hamburg
Dr. Kraus	Nieders. Landesverwaltungs- amt - Statistik -	Hannöver
Kuske	Stat. Landesamt Bremen	Bremen
Dr. Lohmann	Stat. Landesamt Nordrhein-Westfalen	Düsseldorf
Kaiser	Hess. Stat. Landesamt	Wiesbaden
Dr. Nellessen	Stat. Landesamt Rheinland-Pfalz	Bad Ems
Dr. Werber	Stat. Landesamt Baden-Württemberg	Stuttgart
Dr. Haas	Bayer. Stat. Landesamt	München
Prof. Dr. Raab	" " "	München
Dr. Götz	Stat. Amt des Saarlandes	Saarbrücken
Katsch	Stat. Landesamt Berlin	Berlin

C. Vertreter der Verbände und Organisationen

Dr. Mewes	Deutscher Städtetag	Braunschweig
Dr. Buhrow	" "	Köln
Dr. Peckolt	Bundesverband der Deutschen Industrie	Köln

Prof. Dr. Herrmann	Bundesverband der Deutschen Industrie	Köln
Dr. Degenhardt	Bundesverband der Deutschen Industrie -Statistischer Arbeitskreis-	Köln
Dr. Hartmann	Deutscher Industrie- und Handelstag	Bonn
Schünemann	Zentralverband des Deutschen Handwerks	Bonn
Dr. Oehler	Hauptgemeinschaft des Deutschen Einzelhandels	Köln
Dr. Frerichs	Gesamtverband des Deutschen Groß- und Außenhandels	Bonn
Fr. Dr. Schweiger	Gesamtverband der Versicherungswirtschaft	Köln
Siegmund	Arbeitsgemeinschaft Energie (AGE)	Frankfurt a.M.
Frl. Dr. Edelmann	Arbeitsgemeinschaft Energie (AGE)	Frankfurt a.M.
Bretschneider	Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände	Köln
Dr. Brandi	Bundesverband der freien Berufe	Düsseldorf
Caprasse	Ständige Konferenz der Hauptgeschäftsführer der Verbände des Verkehrs	Köln
Fr. Dörfelt-Claus	Gesamtverband gemeinnütziger Wohnungsunternehmen	Köln
Dr. Kratzsch	Wirtschaftswissenschaftliches Institut der Gewerkschaften	Köln

Schanz	Deutsche Angestellten-Gewerkschaft	Hamburg
Dr. Hülten	Deutscher Beamtenbund	Bad Godesberg
Dr. Geißendörfer	Deutscher Bauernverband	Bad Godesberg
Dr. Krengel	Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (Institut für Konjunkturforschung)	Berlin
	zugleich für Arbeitsgemeinschaft Deutscher Wirtschaftswissenschaftlicher Forschungsinstitute	Bonn
Heim	Geschäftsstelle des Wissenschaftsrates	Köln-Marienburg

D. Vertreter der Landesregierungen

Puschnus	Senator für Inneres	Berlin
----------	---------------------	--------

E. Ständige Konferenz der Kultusminister der Länder

Dr. Müller	Hess. Kultusministerium	Wiesbaden
Dr. Baumann	" "	Wiesbaden

F. Statistisches Bundesamt

Die Abteilungsleiter Dr. Schucht, Dr. Szameitat, Dr. Bartels, Dr. Tetzlaff, Dr. Richter, Kunz, Dr. Horstmann, Mengert, Dr. Schwarz (i.V.); Hauptreferenten und Referenten.

T a g e s o r d n u n g

Allgemeine Diskussionsunterlage:

Der Bericht über

"Die Arbeiten des Statistischen Bundesamtes 1964/65"

Seite

A. Allgemeiner Teil

I. Überblick über die Arbeiten im Jahre 1964
und Ausblick auf neue Aufgaben

- | | |
|--|---|
| 1. Die erreichte und angebahnte Vervoll-
ständigung des statistischen Instru-
mentariums | 2 |
| 2. Rechtsgrundlagen und Rechtsfragen | 3 |
| 3. Beirats- und Fachausschußarbeit | 4 |
| 4. Arbeits- und Zeitpläne | 6 |
| 5. Rationalisierung der Statistik | 6 |

II. Aufgaben und Probleme der Auslandsstatistik 9

III. Mitarbeit des Statistischen Bundesamtes in
nationalen Organisationen 10

IV. Beteiligung des Statistischen Bundesamtes
an der internationalen Arbeit 10

B. Berichte der Abteilungen

I. Allgemeine Organisation der Statistik,
Allgemeine Auslandsstatistik 12

II. Allgemeine fachliche Koordinierung,
Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen 13

	<u>Seite</u>
III. Ernährungs- und Landwirtschafts- statistik	15
IV. Industrie- und Handwerksstatistik	16
V. Handels- und Verkehrsstatistik	18
VI. Statistik der Preise, Löhne und Wirt- schaftsrechnungen, des Wohnungs- und des Sozialwesens	19
VII. Finanz- und Steuerstatistik	20
VIII. Bevölkerungs- und Kulturstatistik	22
IX. Mitteilungen aus der Verwaltung des Amtes	23

Der Allgemeine Teil wurde am 1. Sitzungstag behandelt. Bei den Berichten der Abteilungen am 2. Sitzungstag wurde der Bericht der Abteilung VIII vorgezogen.

Wortlaut des Protokolls:

=====

Präsident S c h m i d t begrüßt die Teilnehmer an dieser ersten unter seinem Vorsitz stattfindenden Beiratstagung. Er gibt die seit der 12. Tagung eingetretenen personellen Veränderungen bekannt und dankt den ausgeschiedenen Beiratsmitgliedern für die von ihnen zum Nutzen der amtlichen deutschen Statistik geleistete Arbeit. Die Versammlung stimmt seinem Vorschlag zu, Präsident a.D. Dr. Fürst einen Gruß von dieser Tagung zu übermitteln.

Zur Tagesordnung sind keine Ergänzungswünsche geäußert worden. Einige von der Arbeitsgemeinschaft deutscher wirtschaftswissenschaftlicher Forschungsinstitute angemeldete Fragen werden bei den entsprechenden Tagesordnungspunkten mit beantwortet werden. Auf die sonst übliche Behandlung größerer wissenschaftlich-methodischer Themen von allgemeiner Bedeutung wird auf der diesjährigen Tagung verzichtet; die Tagesordnung ist stärker auf die Diskussion der laufenden Amtsarbeiten abgestellt worden. Mit der Erörterung der "Rationalisierung der Statistik" wird ein Thema besonders herausgestellt, das für die Amtsarbeit und darüber hinaus für die gesamte amtliche Statistik von großer Bedeutung ist. Mit der Behandlung der "Aufgaben und Probleme der Auslandsstatistik" soll einer wichtigen Amtsaufgabe Rechnung getragen werden, die in den letzten Jahren auf Grund der internationalen Entwicklung ein zunehmendes Interesse bei den ministeriellen Auftraggebern und den sonstigen Konsumenten der Statistik gefunden hat.

Der vorliegende Jahresbericht des Amtes, dessen Inhalt und Umfang Präsident Schmidt kurz zur Diskussion stellt, wird von seiten der Beiratsmitglieder als ausgezeichnetes Orientierungsmittel bezeichnet, das inhaltlich nicht gekürzt werden sollte. Auch gewisse Wiederholungen, die sich aus der Gliederung des Berichts ergeben, sollen zur Erleichterung des Überblicks beibehalten werden. Die Benutzung des Berichts könnte noch durch Aufnahme eines Stichwortverzeichnisses erleichtert werden, dessen Zusammenstellung jedoch angesichts der unter Zeitdruck stehenden redaktionellen Bearbeitung Schwierigkeiten bereitet.

A. Allgemeiner Teil

I. Überblick über die Arbeiten im Jahre 1964 und Ausblick auf neue Aufgaben

1. Die erreichte und die angebahnte Vervollständigung des statistischen Instrumentariums

Auf die Frage nach den Möglichkeiten einer besseren Durchleuchtung der Einkommensverhältnisse und der Vermögensverteilung wird vom Statistischen Bundesamt erklärt, daß man, bevor man weitere Überlegungen anstellt, erst die Ergebnisse der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1962 abwarten soll. Die erste Erhebung dieser Art hat naturgemäß noch nicht alle Wünsche erfüllt, der eingeschlagene Weg sich aber als brauchbar erwiesen. Den bekannten Schwierigkeiten in bestimmten Erhebungsbereichen (Selbständige, Landwirte) wird man künftig durch andere Erhebungsmethoden besser zu begegnen versuchen. An Hand der anfallenden Vermögensdaten wird zu prüfen sein, ob man eine neue Stichprobe in dieser Richtung weiter ausbauen kann. Als weitere Möglichkeiten der Erfassung der Vermögensverteilung bieten sich Steuerstatistiken (Vermögensteuer-, Einheitswert-, Gewerbesteuerstatistik) und Banken- und Wertpapierstatistiken an, die aber in dieser Hinsicht z.T. unzulänglich sind (mangelnde Erfassung kleinerer und mittlerer Vermögen, Bewertungsprobleme, Schwierigkeiten der Zuordnung zu den sozialen Gruppen, insbesondere zu Gruppen von Haushalten usw.). Für die regelmäßige Durchführung von Steuerstatistiken muß zunächst noch das Steuerstatistische Gesetz abgewartet werden. Überlegenswert wäre, ob neben Angaben aus einer Wohnungsstichprobe über den Besitz von Einfamilienhäusern und Grundstücken hinaus künftige Einkommens- und Verbrauchsstichproben stärker als bisher auf die Ermittlung von Vermögensdaten abgestellt werden sollten oder ob man sich hier spezieller Erhebungen bedienen muß.

Auf den Hinweis, daß sich für die Konsumenten bei mittel- und langfristigen Untersuchungen infolge der zeitlich uneinheitlichen Einbeziehung von Berlin (West) in die Bundesstatistik Schwierigkeiten ergeben, wird vom Statistischen Bundesamt um Verständnis dafür gebeten, daß Rückrechnungen von Ergebnissen auf den neuen, größeren Gebietsstand wegen des Fehlens entsprechender Unterlagen (z.B. bei Indices) und wegen des Personalmangels nur in sehr beschränktem Umfang möglich sind.

Die Notwendigkeit, im Hinblick auf das neue Raumordnungsgesetz künftig mehr statistisches Material als bisher nach anderen als verwaltungsmäßigen Raumeinheiten bereitzustellen, wird vom Beirat grundsätzlich bejaht. Geeignete Raumgliederungen müssen allerdings erst noch erarbeitet werden. Andererseits darf jedoch nicht übersehen werden, daß die Anwendung des Stichprobenverfahrens und die zunehmende Abstimmung der nationalen statistischen Programme auf die internationalen Anforderungen sich nicht immer günstig auf die "Regionalstatistik" auswirken. Außerdem müssen die arbeits- und kostenmäßigen Konsequenzen für diese zusätzlichen Aufgaben überlegt werden. Die Einzelheiten werden zwischen dem Statistischen Bundesamt, den Landesämtern und den Stellen, die sich mit Raumordnungsfragen befassen, zu erörtern sein.

Zu dem von seiten des Beirats bedauerten Fehlen einer einwandfreien Beschäftigtenstatistik wird auf die Möglichkeit einer direkten Befragung der Betriebe hingewiesen. Dabei wäre jedoch zunächst zu klären, wer die Kosten für eine solche Statistik tragen soll.

2. Rechtsgrundlagen und Rechtsfragen

Vom Statistischen Bundesamt wird darauf hingewiesen, daß der Überblick im Amtsbericht einen weiterhin zunehmenden Anteil der EWG-Rechtsgrundlagen zeigt. Die Arbeiten an der Novellierung des StatGes sind im Bundesamt fortgeführt worden. Dabei stehen drei große Komplexe im Vordergrund: der Einbau der

sich aus der Zusammenarbeit mit der EWG ergebenden Aufgaben, eine Modifizierung der Geheimhaltungsbestimmungen sowie eine gewisse Auflockerung der Bestimmungen über die Anordnung von Bundesstatistiken. Der Arbeitskreis für Rechtsfragen der Statistik wird sich im Herbst d.J. mit der Novellierung befassen. Als Diskussionsunterlage für die nächste Beiratstagung wird ein Gesetzentwurf vorgelegt werden.

3. Beirats- und Fachausschußarbeit

Der im Amtsbericht zur Information und Dokumentation gegebene Überblick über die Tagungen der Fachausschüsse und Arbeitskreise soll beibehalten werden. Es wird vorgeschlagen, ihn durch Aufnahme der Referentenbesprechungen zu ergänzen. Der Auffassung, daß die Referentenbesprechungen teilweise in die Kompetenzen der Fachausschüsse eingreifen, wird von Präsident Schmidt entgegengehalten, daß die Fachausschüsse nur an Hand vorbereiteter Unterlagen (Fragebogen, Tabellenprogramme) beraten können. Dabei kann es nur förderlich sein, wenn die Entwürfe des Bundesamtes vorher mit den Referenten der Landesämter erörtert worden sind. Selbstverständlich können den Fachausschüssen keine "bindenden Programme" vorgelegt werden. Den Fachausschußmitgliedern muß in jedem Fall Gelegenheit zum Einbringen von Änderungsvorschlägen gegeben werden. Erhebliche technische Schwierigkeiten ergeben sich andererseits, wenn die im Fachausschuß gemeinsam vereinbarten Programme nachträglich geändert werden sollen.

Präsident Schmidt berichtet anschließend, daß auf einer Amtsleiterkonferenz im Februar d.J. die im Zusammenhang mit der letzten Beiratstagung aufgekommenen Meinungsverschiedenheiten in kollegialer Weise bereinigt worden sind und daß man beschlossen habe, auch den Beirat hiervon zu unterrichten.

Dabei ist "zur Frage des Verhältnisses von Bundesamt und Landesämtern als Leitgedanke erneut betont worden, daß es sich bei den technischen und methodischen Arbeiten für die Bundessta-

tistiken um eine Gemeinschaftsarbeit handelt, an der Bundesamt und Landesämter beteiligt sind. Die vom Statistischen Bundesamt ausgearbeiteten Grundlagen für die Durchführung von Bundesstatistiken (Fragebogen, Aufbereitungspläne, Systematiken, Tabellenprogramme usw.) sind stets ausführlich mit den Statistischen Landesämtern beraten und ggf. dementsprechend ergänzt und geändert worden. Diese Unterlagen sind dann abschließend vom Bundesamt formuliert und den Landesämtern als Grundlage für die Erhebungs- und Aufbereitungsarbeit übermittelt worden. Sie sind von den Landesämtern der Erhebung und Aufbereitung zugrunde gelegt worden, soweit dies für das Erzielen einheitlicher und vergleichbarer Ergebnisse erforderlich war. An diesem Verfahren, das sich bewährt hat, wollen weder das Bundesamt noch die Landesämter irgend etwas ändern.

Bundesamt und Landesämter sind einig in dem Wunsch, die gemeinsamen Anstrengungen zur Durchführung und zur Verbesserung der Bundesstatistiken im Sinne der seit Jahren bewährten vertrauensvollen Zusammenarbeit fortzusetzen.

Die für die internationale Diskussion bestimmte Ausarbeitung, die dem Beirat als Unterlage für die Tagung am 29. Oktober 1964 vorgelegt worden war, sollte fachliche Koordinierungsprobleme der Bundesstatistik in vereinfachter und international verständlicher Form nach einem vorgegebenen Fragenkatalog darstellen. Das Statistische Bundesamt bedauert, daß einzelne Formulierungen in den beiden Ausarbeitungen des Bundesamtes über Koordinierungsfragen mißverständlich gewesen sind. In keinem Falle sollten sie als Inanspruchnahme einer "Weisungsbefugnis" gegenüber den Landesämtern verstanden werden. Mit den erwähnten Formulierungen war keinesfalls eine Diskriminierung der Aufgaben und der Stellung der Landesämter beabsichtigt. Das Bundesamt hat bei vielen Anlässen zum Ausdruck gebracht und wiederholt diese Auffassung hiermit, daß es sich mit den Landesämtern in der gemeinsamen Arbeit an der Durchführung von Bundesstatistiken auf das Engste verbunden fühlt und deren in vertrauensvoller Gemeinschaftsarbeit erbrachte Leistungen stets zu würdigen bereit ist."

Unter Hinweis auf eine von ihm zwischenzeitlich verfaßte staatsrechtliche Ausarbeitung zur Frage der Weisungsbefugnis des Statistischen Bundesamtes gegenüber den Landesämtern erklärt Dr. Haas u.a., daß mit der von Präsident Schmidt bekanntgegebenen, gemeinsam gefundenen Formel die s.Z. entstandenen Spannungen beseitigt worden sind. Es bestehe daher auch keine Veranlassung mehr, den Beiratsmitgliedern eine Stellungnahme zu den beiden sog. Koordinierungsausarbeitungen des Bundesamtes zugehen zu lassen. Dr. Haas gibt auch seiner persönlichen Freude und Genugtuung Ausdruck, daß damit die Arbeitsbasis für die Zukunft wieder voll und ganz hergestellt worden ist, und dankt Präsident Schmidt für seine verständnisvolle Haltung.

4. Arbeits- und Zeitpläne

Trotz einiger Schwierigkeiten, die sich auch bei der Abwicklung des Jahresplanes 1964 ergeben haben, sind, wie vom Statistischen Bundesamt erwähnt wird, die Termine, insgesamt gesehen, besser als in den stärker belasteten Vorjahren eingehalten worden. Für die Erörterung im Kreise der Amtsleiter wurde erstmals eine über 6 Jahre hinausgreifende langfristige Vorschau (für 1966 bis 1971) gegeben, aus der die wichtigsten Vorhaben auch im Amtsbericht erwähnt worden sind. Die Diskussion ergibt, daß eine solche langfristige Arbeits- und Zeitplanung - trotz aller Vorbehalte wegen der Unsicherheit der Angaben - beibehalten werden soll und daß sich alle beteiligten Stellen bemühen sollen, auf einen Ausgleich der sich im Augenblick abzeichnenden unterschiedlichen Belastung der Statistischen Ämter hinzuwirken. Dies gilt bereits für die Jahre 1966/67, zumal in dem ohnehin geringer belasteten Jahr 1966 wahrscheinlich auch noch die s.Z. vorgesehenen Arbeiten an der Personalstrukturerhebung im öffentlichen Dienst entfallen dürften.

5. Rationalisierung der Statistik

Von seiten des Statistischen Bundesamtes wird kurz auf den Ausgangspunkt und die Aufgabenstellung der vor einem Jahr im Beirat beschlossenen Untersuchungen zur Rationalisierung der

Statistik sowie auf die inzwischen durchgeführten Vorarbeiten auf dem Gebiet der Industriestatistik hingewiesen. Sie haben zu einer ersten vorbereitenden Sitzung des vom Beirat noch formal einzusetzenden Arbeitskreises für Rationalisierung der Statistik geführt. Das Protokoll wurde den Beiratsmitgliedern übermittelt. Danach sollen als erstes Änderungsmöglichkeiten in der Erhebungsmethodik und Arbeitstechnik beim Industriebericht geprüft werden. Zunächst werden Vergleichsuntersuchungen über das von den Landesämtern bevorzugte sog. Abschneideverfahren (Beibehaltung der bisherigen Teilerhebung unter Heraufsetzung der unteren Erfassungsgrenze) und über ein vom Statistischen Bundesamt vorgeschlagenes Stichprobenverfahren durchgeführt werden. Das Ergebnis soll u.a. auch die Auswirkungen auf die Aussagekraft der Ergebnisse aufzeigen.

In der Diskussion wird von verschiedenen Seiten empfohlen, auch der zweiten Aufgabe, d.h. der Vereinfachungs- bzw. Kürzungsmöglichkeiten des Inhalts des Industrieberichts, entsprechendes Gewicht beizumessen. Andererseits wird auch auf die zahlreichen früheren Versuche hingewiesen, die wegen der konträren Interessen der verschiedenen Konsumenten erfolglos geblieben sind. Der Vertreter des Bundesministeriums für Wirtschaft gibt zu bedenken, daß der Industriebericht u.a. ein wichtiges Instrument zur Beobachtung der allgemeinen Wirtschaftsentwicklung ist und auch Unterlagen für die Energiepolitik der Bundesregierung liefert. Außerdem müssen noch die Empfehlungen der EWG für die kurzfristige Industriestatistik abgewartet werden. Es muß daher derzeit aussichtslos erscheinen, Untersuchungen durchzuführen, die darauf abstellen, das Industriestatistische Gesetz zu ändern. Vom Bundesverband der Deutschen Industrie wird über die Durchführung und das Ergebnis seiner Umfrage bei den Mitgliedsverbänden des BDI berichtet.

Der Vorsitzende dankt allen Beteiligten für die bisher geleistete Arbeit und schlägt vor, als erste Phase zunächst die begonnenen Untersuchungen fortzusetzen. Die Durchführung dieser Arbeiten ist ohnehin als Teil einer bestehenden Daueraufgabe der Statistischen Ämter anzusehen. Die zweite Phase würde dann

die Überlegungen zum Inhalt des Programms umfassen. Entsprechend dem Prinzip der "Rationalisierung" sollte dabei versucht werden, eine möglichst wirksame Entlastung aller Betroffenen bei einer möglichst geringen Einschränkung des Erkenntniswertes für die Konsumenten zu erreichen. Die entscheidenden Stellen sind in diesem Fall jedoch die Auftraggeber und die anderen Benutzer der Statistik. Die Arbeiten an dieser zweiten Phase sollten zunächst zurückgestellt, später jedoch mit gleicher Intensität wie die erste Aufgabe aufgenommen werden. Die dritte Aufgabe, eine Rationalisierung der nichtamtlichen Erhebungen, ist eine eigene Angelegenheit der Verbände, denen das Statistische Bundesamt selbstverständlich mit seinem Rat zur Verfügung steht. Präsident Schmidt schlägt weiter vor, nunmehr den Arbeitskreis für Rationalisierung der Statistik formal einzusetzen. Seine erste Aufgabe wird es sein, über die Ergebnisse der derzeitigen Untersuchungen bei den Statistischen Ämtern im Herbst d.J. zu beraten. In späteren Tagungen wird vor allem die kritische Durchsicht des Erhebungs- und Aufbereitungsprogramms im Hinblick auf Einschränkungsmöglichkeiten in sachlicher, zeitlicher und räumlicher Hinsicht zur Diskussion stehen, ohne daß allerdings in diesem Kreis entscheidende Beschlüsse gefaßt werden können. Außerdem wird der Arbeitskreis zur gegebenen Zeit Vorschläge der Verbände zu den in ihrer Zuständigkeit liegenden Rationalisierungsarbeiten entgegennehmen und sich hierzu äußern.

Der Beirat stimmt diesen Vorschlägen zur weiteren Systematisierung der Arbeiten sowie zur Bildung und Aufgabenstellung des Arbeitskreises zu. Die Zusammensetzung des Arbeitskreises bleibt wie bei der vorbereitenden Sitzung. Darüber hinaus bittet der Deutsche Städtetag um Beteiligung. Das Bundesministerium der Finanzen wird jeweils hinzugezogen werden, wenn haushaltsmäßige Auswirkungen zu erwarten sind. Das Statistische Landesamt Nordrhein-Westfalen sagt außerdem seine Bereitschaft zur Mitarbeit an den genannten Vergleichsuntersuchungen der Statistischen Ämter zu. Von der Deutschen Bundesbahn wird Interesse an einer späteren Behandlung der Verkehrsstatistik angemeldet.

II. Aufgaben und Probleme der Auslandsstatistik

Nach kurzer Erläuterung der Gründe für die besondere Herausstellung dieses Punktes auf einer Beiratstagung wird vom Statistischen Bundesamt ein kurzer Überblick über die Aufgabenstellungen der Auslandsstatistik gegeben. Die internationale Entwicklung hat dazu geführt, daß dem Amt in der letzten Zeit neben seinen bisherigen auslandsstatistischen Arbeiten, die ihren Niederschlag in zahlreichen Veröffentlichungen gefunden haben, mit der statistischen Beobachtung der Entwicklungsländer neue Aufgaben gestellt worden sind. Im Hinblick hierauf und auf die begrenzten Mittel des Amtes erscheint es notwendig, die Auffassung der Konsumenten zu hören, ob und ggf. welche Schwerpunkte künftig gebildet und welche Prioritäten für die Arbeiten an Länderberichten aufgestellt werden sollen.

Von seiten des Beirats wird die Diskussion dieses Punktes begrüßt und auf die große Bedeutung der Auslandsstatistik, insbesondere auch für die Arbeit des Auswärtigen Amtes und des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit hingewiesen. Als Wünsche für die künftigen Arbeiten werden u.a. geäußert: die Bildung von Zwischensummen für Entwicklungsländer in den wichtigsten internationalen Tabellen des Statistischen Jahrbuchs, der Ausbau der Arbeiten über die Verbrauchergeldparitäten, die Berücksichtigung von Spezialgebieten, wie z.B. der Forschungsausgaben des Auslandes und der betrieblichen Berufsausbildung. Zum Programm der Länderberichte wird u.a. empfohlen, das Schwergewicht nicht zu sehr auf die Entwicklungsländer zu legen, sondern noch mehr als bisher Ostblockstaaten und andere Länder, wie z.B. Spanien, zu berücksichtigen sowie auch Berichte über die EWG-Länder mit neuesten Ergebnissen wiederaufzulegen. Der Auffassung, daß keine Berichte über Länder herausgegeben werden sollen, für die z.B. ausreichendes Material der internationalen Organisationen vorliegt, wird entgegengehalten, daß dieses Material oft nicht oder erst sehr spät greifbar ist, daß seine Sichtung und Zusammenstellung nicht Aufgabe der Bundesministerien sein kann. Außerdem geht das Statistische Bundesamt in seinen Berichten meist erheblich über die internationalen Quellen hinaus, wertet die verfügbaren Original-

quellen der einzelnen Länder aus und bemüht sich, die Ergebnisse systematisch vergleichbar darzustellen.

Ein besonderes Problem bildet die Frage der Vollständigkeit und der Zuverlässigkeit des verfügbaren Materials. Weitgehend vollständige Ergebnisse sind z.B. für Entwicklungsländer trotz aller Unterstützung durch die deutschen Auslandsvertretungen oft nur bei Aufenthalten in den betreffenden Ländern zu erzielen. Außerdem lassen die an Ort und Stelle gewonnenen Erkenntnisse in Verbindung mit Vergleichsuntersuchungen auch eine bessere Beurteilung der Zuverlässigkeit des Materials zu, wobei hier allerdings relativ enge Grenzen gezogen sind.

Dem Vorschlag des Statistischen Bundesamtes, demnächst mit den Hauptinteressenten (Auswärtiges Amt, Bundesministerien für wirtschaftliche Zusammenarbeit, für Wirtschaft, für wissenschaftliche Forschung sowie die wirtschaftswissenschaftlichen Forschungsinstitute) ein gemeinsames Gespräch über das Programm und die Prioritäten der in der nächsten Zeit anfallenden Arbeiten zu führen, wird vom Beirat zugestimmt.

III. Mitarbeit des Statistischen Bundesamtes in nationalen Organisationen und Ausschüssen

Zu den Ausführungen im Amtsbericht wird vom Statistischen Bundesamt lediglich kurz auf die umfangreichen Arbeiten hingewiesen, die sich aus seiner Funktion als Geschäftsstelle des Sachverständigenrats zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung ergeben haben. Es hat sich dabei herausgestellt, daß die Arbeit des Sachverständigenrats einer gewissen Institutionalisierung bedarf. Das Amt hat andererseits zahlreiche Anregungen für eine Weiterentwicklung der Statistik empfangen.

IV. Beteiligung des Statistischen Bundesamtes an der internationalen Arbeit

Vom Statistischen Bundesamt werden zum Amtsbericht einige ergänzende Erläuterungen gegeben, die sich auf neuere Entwicklungen des EWG-Arbeitsprogramms zur Verbesserung der Konjunkturstatistiken

beziehen. Die vor wenigen Tagen in Brüssel erörterten Empfehlungen der Generaldirektion "Wirtschaft und Finanzen" konzentrieren sich im kurzfristigen Programm auf einige größere Arbeitsgebiete. So werden z.B. Angaben über Beschäftigte, Arbeitszeiten, Stundenverdienste, Umsätze usw. in der Industrie und im Handwerk gefordert, daneben Indices für die Einzelhandelsumsätze und Preisindices für den gesamten Privaten Verbrauch, Statistiken über die Einnahmen und Ausgaben der öffentlichen Haushalte sowie Zahlungsbilanzen. Hierüber sind im Rahmen der Bundesstatistik in den meisten Fällen bereits Angaben verfügbar. Vervollständigt werden muß allerdings noch die Handwerksstatistik. Außerdem wird besonders dringlich gefordert, ein gemeinschaftliches System für die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen zu erarbeiten. Die Empfehlungen zum mittelfristigen Programm liegen etwas stärker außerhalb des Produktionsbereichs. Hier handelt es sich vor allem um Angaben über Investitionen, Einkommen, Preise, auf dem Gebiet der Geld- und Kreditstatistik und des Dienstleistungsaustausches.

In diesem Zusammenhang erhebt sich auch die Frage der künftigen Zusammenarbeit mit dem Statistischen Amt der Europäischen Gemeinschaften (SAEG) bzw. der EWG bei der Durchführung von Statistiken. Nachdem sich anfangs eine Arbeitsteilung, wie sie zwischen dem Statistischen Bundesamt und den Landesämtern besteht, abzeichnete, hat sich in den letzten Jahren ein gewisser Wandel vollzogen, denn bei zwei großen Statistiken (Lohnstruktur- und Agrarstrukturerhebung) sollen die Ergebnisse zentral beim SAEG tabelliert werden. Dieser Arbeitsschnitt führt dazu, daß nebenher noch ein nationales Programm tabelliert werden muß. In den genannten Fällen kann dem SAEG ein sachliches Interesse an der Übernahme dieser Arbeiten nicht ohne weiteres abgesprochen werden. Es ergibt sich aber die Frage, wie man einer evtl. weiteren Entwicklung in diesem Sinne steuern kann. Ein besonderes Problem bilden die Fragen der Auskunftspflicht gegenüber dem SAEG bzw. der EWG und der Geheimhaltung von Einzelangaben. In der Diskussion wird u.a. darauf hingewiesen, daß in der Praxis auftretende Verstöße gegen die Auskunftspflicht bei einer von der EWG angeordneten Statistik nicht mit einem Bußgeld geahndet werden können, solange nicht ein strafrechtlicher Schutz der Befragten gegenüber Verletzungen der Geheimhaltungspflicht besteht.

B. Berichte der Abteilungen

I. Allgemeine Organisation der Statistik, Allgemeine Auslandsstatistik

Die Neuherausgabe der von vielen Stellen benutzten Veröffentlichung "Stichproben in der amtlichen Statistik" würde vom Beirat begrüßt werden. Dabei könnte man künftig den ersten Teil des Bandes unverändert beibehalten und die übrigen Teile in 3 bis 4jährigen Abständen ergänzen.

Der aus dem Kreis des Beirats erhobenen Forderung, die Statistischen Ergebnisse der Presse nicht eher als den Hauptbenutzern zuzuleiten, wird vom Statistischen Bundesamt bereits entsprochen. Evtl. Abweichungen von diesem Grundsatz der gleichzeitigen Belieferung, die evtl. auf den Postweg zurückzuführen sind, müßten im Einzelfall geprüft werden. Vom Statistischen Bundesamt wird auf die verstärkten Bemühungen hingewiesen, die Elektronik in immer größerem Ausmaß für die Rationalisierung der Statistik und die Beschleunigung der Ergebniserstellung einzusetzen. Wie unbefriedigend die bisherige Situation ist, zeigt sich z.B. daran, daß die ersten Tabellengruppen aus der Volkszählung 1961 erst etwa $2\frac{1}{4}$ Jahre nach dem Zählungstichtag fertiggestellt werden konnten. Es muß daher nach Mitteln und Wegen gesucht werden, wie man die Aufbereitungszeiten abkürzen kann.

Kritische Vergleiche des Zeitaufwandes für die Aufbereitungsarbeiten an früheren und derzeitigen Großzählungen sind allerdings schwierig, weil der Umfang der Programme einen solchen Vergleich nicht zuläßt. Das gilt auch für eine Gegenüberstellung der Aufbereitungszeiten einer modernen Großzählung in verschiedenen Ländern. Außerdem darf nicht vergessen werden, daß bei den letzten Großzählungen in der Bundesrepublik verschiedene Faktoren (z.B. Arbeitsmarktverhältnisse, haushaltsmäßig bedingtes Auseinanderziehen der Arbeiten) erschwerend eingewirkt haben. Inzwischen sind in Zusammenarbeit mit den Landesämtern Untersuchungen über neue, leistungsfähigere Maschinentypen angelaufen. Im Interesse einer weitgehend gemeinsamen Programmierung soll dabei eine weiterhin

einheitliche Ausstattung der Ämter angestrebt werden. Die Arbeiten an der Vorbereitung des Einsatzes elektronischer Lesegeräte werden mit großem Nachdruck betrieben. Im nächsten Amtsbericht wird ausführlich über die Pläne für eine Verbesserung und Beschleunigung der Aufbereitungsarbeiten sowie für eine weitere Koordinierung der gesamten Arbeitsplanung berichtet werden.

II. Allgemeine fachliche Koordinierung, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen

Vom Statistischen Bundesamt wird einleitend über die neuere Entwicklung der internationalen Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen berichtet. Die UN sind dabei, das Standard-System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen zu revidieren bzw. weiterzuentwickeln. Andere internationale Organisationen (Europäische Statistikerkonferenz, OECD, EWG) sind an diesen Arbeiten interessiert und in sie eingeschaltet. Von seiten der Bundesrepublik wurde, ebenso wie von vielen anderen Ländern, eine Koordinierung der Arbeiten in den verschiedenen Organisationen gefordert, da die Ausfüllung von mehreren internationalen Systemen arbeitsmäßig nicht zu bewältigen ist. Bei der Konferenz Europäischer Statistiker laufen außerdem Arbeiten am Vergleich westlicher und östlicher Systeme der Gesamtrechnungen. Auf den letzten Sitzungen in Brüssel und Genf wurde dem Einbau der Input-Output-Tabellen und der Finanzierungskonten in die Gesamtrechnungen allgemein zugestimmt. Dabei sollen nach dem Vorschlag der UN Güter-, Einkommens- und Finanzierungsströme nicht in einem einzigen Kontensystem, sondern in 2 Sätzen von Konten (bzw. in einer Matrix und einem Kontensatz) dargestellt werden. Bei dem ersten Kontensatz bzw. der Matrix handelt es sich um den Inhalt der Input-Output-Tabellen, also um eine Darstellung der Güterströme nach Herkunft und Verwendung, der bei der Produktion entstandenen Einkommen und der Veränderung der Produktionskapazitäten. Hierfür sind 3 Kontenarten vorgesehen, die für Gütergruppen oder - ersatzweise - für institutionelle Einheiten mit möglichst homogenem Produktionsprogramm (establishments u.ä.) aufgestellt werden. Der zweite Kontensatz enthält die Konten für die Darstellung der Einkommensverteilung und -verwendung, der Bildung des Reinvermögens und der

Forderungen und Verbindlichkeiten. Die hierfür vorgesehenen 3 bis 4 Konten sollen für Sektoren aufgestellt werden, die sich aus den Unternehmen u.ä. institutionellen Einheiten zusammensetzen, also im Prinzip für die Sektoren unserer Gesamtrechnungen. Bei der Sektoreneinteilung wurde bisher über die Frage der Gruppierung der Unternehmen und der privaten Haushalte noch keine Klarheit erzielt. Übereinstimmung bestand über die Notwendigkeit des gesonderten Nachweises der finanziellen Institutionen, wobei - wenigstens in der EWG - dem besonderen Charakter der Versicherungsunternehmen Rechnung getragen werden soll. Die EWG beabsichtigt im übrigen, den zweiten Kontensatz um die Produktions- und Einkommensentstehungskonten des ersten Kontensatzes zu ergänzen, so daß man für die institutionellen Sektoren ein geschlossenes Bild aller volkswirtschaftlichen Vorgänge bekommt.

Bis zur nächsten Sitzung in Genf Ende 1966 sollen in zwei Berichterstattergruppen, in denen das Bundesamt weitgehend beteiligt ist, die für die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen wichtigen Systematiken untersucht werden, insbesondere die Gliederung der Waren und Dienstleistungen nach dem produktionswirtschaftlichen Zusammenhang sowie - teils unabhängig davon, teils in Verbindung damit - die Gliederung des Privaten Verbrauchs nach Verwendungszweck und Dauerhaftigkeit und der Staatsausgaben nach Aufgabengebieten.

In der Diskussion wird zunächst von seiten des Bundesamtes erklärt, daß der Zeitplan für die genannten Arbeiten bei der Konferenz Europäischer Statistiker und beim SAEG auf längere Sicht (etwa 3 bis 5 Jahre) abgestellt ist. Bei den bisherigen Arbeiten an den deutschen Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen ist der Einbau der Input-Output-Tabellen und der Finanzierungskonten in die traditionellen Konten von Anfang an angestrebt und zum großen Teil schon verwirklicht worden. Die im Vergleich zu den übrigen EWG-Ländern geringere Detaillierung der im Beiratsbericht erwähnten deutschen Input-Output-Tabellen ist darauf zurückzuführen, daß das Bundesamt eine weitere Aufteilung nicht verantworten zu können glaubte.

Die Verzögerung der vom Bundesamt seit längerem angekündigten Darstellung der Methodik der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen ist auf die unzureichende personelle Ausstattung, insbesondere im höheren Dienst, zurückzuführen. Es wird versucht werden, die Arbeiten 1965 voranzutreiben. Ein Termin für die Veröffentlichung kann jedoch noch nicht genannt werden.

Bei den Beiträgen zum Bruttoinlandsprodukt in den Gesamtrechnungen wird das Verarbeitende Gewerbe so lange nicht nach Industrie und Handwerk aufgeteilt veröffentlicht werden, bis Umsatzzahlen für Industrieunternehmen aus der Unternehmenserhebung und für das Handwerk aus der Handwerkszählung nach der Wirtschaftszweigsystematik vorliegen.

Für Zwecke der Wirtschaftsbeobachtung und der Konjunkturpolitik würde es begrüßt werden, wenn bei den Gesamtrechnungen die Gesamtsumme der Zinsen und Dividenden bei den einzelnen Sektoren gesondert nachgewiesen würde. Die Berechnungen des Vermögenseinkommens sind zwar dementsprechend angelegt worden; es muß jedoch abgewartet werden, ob die Ergebnisse eine Veröffentlichung in dieser Form rechtfertigen.

III. Ernährungs- und Landwirtschaftsstatistik

Auf diesem Gebiet bestimmen die Anforderungen der EWG an ein einheitliches statistisches Instrumentarium der Mitgliedsstaaten schon jetzt weitgehend die Arbeitsprogramme und -planungen. Seit Herbst vorigen Jahres laufen in den weinbautreibenden Ländern der Bundesrepublik die Erhebungen zum Weinbaukataster. Das Änderungsgesetz zum Weinwirtschaftsgesetz, mit dem die Regelungen der EWG-Verordnungen an die Stelle der bisherigen Bestimmungen des Weinwirtschaftsgesetzes treten sollen, konnte bis jetzt noch nicht über die parlamentarischen Beratungen hinausgebracht werden. Unabhängig davon haben aber die Länder die Erhebung zum Weinbaukataster vorbereitet und durchgeführt. Den beteiligten Statistischen Landesämtern und den Gemeinden wird für diese schnelle und gute Arbeit besonders gedankt.

Der Entwurf einer Verordnung des Rats der EWG zur Durchführung von Erhebungen über die Schweinebestände wird voraussichtlich in der nächsten Zeit noch nicht verabschiedet werden. Da der Entwurf weitgehend der deutschen Regelung Rechnung trägt, sind Änderungen des bestehenden Erhebungsprogramms vorläufig nicht zu erwarten. Die bisherigen Verhandlungen über die EWG-Strukturerhebung in der Landwirtschaft, deren Beginn auf 1966 verschoben wird, berechtigen zu der Annahme, daß den deutschen Wünschen weitgehend Rechnung getragen wird. Zur Verbesserung des umfangreichen Frageprogramms haben nicht zuletzt die Erfahrungen der Probeerhebung beigetragen. Ob die Fragen nach der Struktur der Verkaufserlöse fortfallen müssen, ist noch nicht entschieden. Mit der EWG-Verordnung, die im Entwurf vorliegt, wird sehr weitgehend in Verfahrensfragen eingegriffen, so daß den Ländern wenig Spielraum zu eigenen Regelungen bleibt. Da in die Erhebung 25 % aller Betriebe einzubeziehen sind, müssen in der Bundesrepublik rund 350 000 Betriebe befragt werden. Neben den hohen Kosten besteht das Problem, wie diese Aufgabe arbeitsmäßig bewältigt werden kann. Besonders schwierig wird auch der Aufbau der Interviewer-Organisation sein. Die Statistischen Landesämter werden deshalb gebeten, sich mit dieser Frage schon jetzt zu beschäftigen.

Die von verschiedenen Seiten gewünschte Verschiebung der Obstbaumzählung um ein Jahr ist an den einschlägigen Bestimmungen der Rechtsgrundlage gescheitert. Es wird angestrebt, im Falle einer Wiederholung der Zählung auf ein teilweise repräsentatives Verfahren überzugehen.

IV. Industrie- und Handwerksstatistik

Mit den ersten Jahresherhebungen über die Investitionen in der Industrie und im Bergbau, im Bauhauptgewerbe und im produzierenden Handwerk wird sich voraussichtlich im September d.J. der Fachausschuß zu befassen haben. Die erste Erhebung soll anschließend durchgeführt werden. Spätestens ab Berichtsjahr 1966 sollen diese Erhebungen mit den 1964 eingeführten Jahresherhebungen bei Unternehmen der Industrie, des Bergbaus und des Bauhauptgewerbes gekoppelt werden. Dadurch werden sich wesentliche Vereinfachungen und Verbilligungen ergeben.

Aus der Allgemeinen Erhebung der Handwerkszählung 1963 sind erste vorläufige Ergebnisse im März d.J. bekanntgegeben worden. Ausführliche Ergebnisse werden in der nächsten Zeit in "Wirtschaft und Statistik" mitgeteilt werden. Auf Grund der Ergebnisse dieser Erhebung wird die vierteljährliche Handwerksberichterstattung ab Berichtsjahr 1966 umgestellt werden. Über die Arbeitsstättenzählung 1961 sind neben dem Einführungsband inzwischen zwei Zahlenbände erschienen, denen weitere folgen werden.

Die von seiten der wirtschaftswissenschaftlichen Institute empfohlene Aufgliederung der Auftragseingänge aus dem Ausland nach EWG- und Drittländern oder evtl. noch nach weiteren Ländergruppen würde eine erhebliche Mehrbelastung für die Befragten und für die Statistischen Ämter bedeuten, die im Gegensatz zu den Rationalisierungsbestrebungen stehen. Außerdem wäre eine Verschiebung der Termine unvermeidbar. Zu der Frage, ob ähnlich wie beim Brutto-Produktionsindex für Investitionsgüter und Verbrauchsgüter auch beim Auftragseingangsindex eine Gewichtung nach dem Verwendungszweck vorgenommen werden könnte, wird auf die andere Konzeption des Auftragseingangsindex hingewiesen, der auf den Auftragswerten ganzer beteiligter Industriezweige und nicht auf der Gliederung nach einzelnen Waren beruht. An eine entsprechende Umstellung der Auftragseingangsstatistik ist vorerst nicht zu denken. Die angekündigte Veröffentlichung der Monatsindices des neuen Produktionsindex ab 1958 wird wahrscheinlich im Juli 1965 erscheinen. Mit der Umstellung des Produktionsindex auf Basis 1962 wird vor der zweiten Hälfte des Jahres 1966 nicht zu rechnen sein.

Eine längere Diskussion wurde durch die Anregung ausgelöst, das Konzept des Produktionsindex zu überprüfen und ggf. zu ändern, um zu einem besseren internationalen Vergleich und zu einer Anpassung an die Behandlung der Industrie in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen zu kommen. Es ging dabei sowohl um die Wahl der Ausgangsgrößen (Nettoproduktionswerte oder Wertschöpfung, Behandlung der Verbrauchsteuern) als auch um die Fortschreibungsreihen (ausgewählte Waren, deflationierte Umsätze usw.). Die Probleme sind - vor allem in der Europäischen Statistikerkonferenz - schon wiederholt untersucht worden. Die Kurzfristigkeit der Berechnungen setzt jedoch einer Verbesserung enge Grenzen. Es wurde empfohlen, das Gespräch im engeren Kreise fortzusetzen.

V. Handels- und Verkehrsstatistik

Vom Statistischen Bundesamt wird auf die Probleme hingewiesen, die sich für die Außenhandelsstatistik bei einem etwaigen Fortfall der Zoll- und Steuergrenzen zwischen den Mitgliedsstaaten der EWG ergeben. Nach ersten Überlegungen im Amt dürfte eine Fortführung dieser Statistik in der gewohnten Vollständigkeit und Genauigkeit nur mit Hilfe einer - wenn auch vereinfachten - Überwachung der Binnengrenzen möglich sein. Da jedoch offen ist, ob diese Voraussetzungen später vorliegen werden, sind auch andere, behelfsmäßige Lösungen, wie eine evtl. Anlehnung an die Verkehrsstatistik, an die Steuerstatistik oder an das Meldesystem im Auslands-Zahlungsverkehr in die Überlegungen einbezogen worden. Auf diesem Wege sind allerdings nur grobe Behelfswerte zu erwarten. Eine laufende Befragung der am Warenaustausch mit den EWG-Ländern beteiligten Firmen unter Einschaltung der Binnenzollstellen dürfte demgegenüber bessere Ergebnisse liefern, die auch mit den Zahlen über den Außenhandel mit Drittländern in etwa vergleichbar wären. Allerdings haben die Erfahrungen im Zusammenhang mit der Eingliederung des Saarlandes gezeigt, wie schwierig es ist, Handelsverflechtungen auf dem Wege über die Ermittlung und Anschreibung der in Frage kommenden Firmen festzustellen. Da eine evtl. Umstellung der Erfassung des Außenhandels rechtzeitig vorbereitet werden muß, wurde dem Bundesministerium für Wirtschaft und einigen anderen Stellen bereits eine erste Ausarbeitung über diese Fragen übermittelt. Vom Auswärtigen Amt wird um Beteiligung gebeten. Die Diskussion ergibt, daß nach Auffassung des Wirtschaftsministeriums dieser Komplex aus verschiedenen Gründen noch etwas zurückhaltend behandelt werden sollte. Von anderer Seite wird bemerkt, daß auch die EWG-Kommission selbst weiterhin an Daten über den Handel zwischen den Mitgliedsstaaten interessiert sein dürfte. Auf alle Fälle sollte die Klärung dieser bedeutenden Frage nicht zu lange hinausgeschoben werden. Hierbei könnten die Erfahrungen in der Benelux-Wirtschaftsunion, für die sich dieses Problem vorher stellt, berücksichtigt werden.

Über das inzwischen von der EWG-Kommission bekanntgegebene detaillierte Programm der Wegekostenenquete wird demnächst im Bundesministerium für Verkehr verhandelt werden. Die für 1966 vorge-

sehene Statistik der Kraftfahrzeugfahrleistungen soll, falls die Rechtsgrundlage nicht mehr rechtzeitig in Kraft gesetzt werden kann, in einem Erhebungszeitraum von 12 Monaten durchgeführt werden, der sich nicht mit dem Kalenderjahr 1966 deckt.

VI. Statistik der Preise, Löhne und Wirtschaftsrechnungen, des Wohnungs- und des Sozialwesens

Die Arbeiten an den letzten Neuberechnungen der Preisindices konnten ohne Einschaltung des Fachausschusses vorgenommen werden, da es sich um einfache, bereits früher gebilligte Umstellungen handelte, bei denen keine schwerwiegenden Entscheidungen zu treffen waren. Mit den Vorarbeiten für die Neubasierung des Einzelhandelspreisindex konnte erst vor kurzem begonnen werden. Nach Verhandlungen mit der Hauptgemeinschaft des Deutschen Einzelhandels wird später der Fachausschuß eingeschaltet werden. Dem Wunsch, die Entwicklung der Mieten auch in besonderer regionaler Gliederung (z.B. Stadtkerne, Randzonen, Umland von Großstädten) beobachten zu können, wird im Rahmen des Möglichen entsprochen werden.

Bei der Baupreisstatistik ist die Zahl der Bautypen aus Vereinfachungsgründen verringert worden. Über die bevorstehende Umstellung des Baupreisindex auf 1962 sind die Interessenten und Sachverständigen informiert worden. Für den Wechsel des Basisjahres zeichnet sich etwa ein Vierjahresturnus ab. Eine statistische Beobachtung der Gesamtherstellungskosten wird vorerst nicht durchgeführt. Hierzu wäre es erforderlich, das System der Baupreisindices, das sich vorerst auf die Beobachtung der sog. reinen Baukosten und der Baunebenkosten beschränkt, durch Indices für jene Kostenarten zu ergänzen, die nicht den beiden genannten Gruppen angehören. Dies würde eine Ergänzung der Wägungsunterlagen und der laufenden Preismeldungen erfordern. Eine über die Verwaltungsgliederung hinausgehende Tabellierung der Ergebnisse der Baulandpreisstatistik (z.B. für großstadtbezogene Gemeinden) ist möglich und könnte nach Klärung einiger technischer Schwierigkeiten vorbereitet werden. Die Ursachen für die Abweichungen der Jahresergebnisse von den Vierteljahressummen werden im Fachausschuß erörtert werden.

Ergebnisse der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1962/63 liegen für die Nachfrageseite nunmehr vor und werden im Statistischen Jahrbuch 1965 veröffentlicht werden. Interessant ist dabei die Feststellung, daß die Ausgabenstruktur, wenn man sich auf eine stark zusammengefaßte Gliederung beschränkt, nahe an die Struktur bei den 4-Personen-Arbeitnehmer-Haushalten der laufenden Wirtschaftsrechnungen herankommt. Die bestehenden Unterschiede werden noch genau untersucht werden.

Den Vorschlägen, auch die Mieten für freifinanzierte Wohnungen in der laufenden Preisstatistik zu beobachten, wird in Kürze entsprochen werden, wenn mit den Arbeiten an dem Index für eine gehobene Verbrauchergruppe begonnen wird.

Es ist damit zu rechnen, daß das Gesetz für die 1 %-Wohnungsstichprobe 1965 noch in dieser Legislaturperiode erlassen wird. Da sich die Stichprobe weitgehend an die Mikrozensus-Auswahl anlehnt, ist keine günstige Grundlage für eine wirtschaftsräumliche Gliederung der Ergebnisse vorhanden. Es wird überlegt werden, wie dieser Gesichtspunkt später evtl. stärker berücksichtigt werden kann.

VII. Finanz- und Steuerstatistik

Vom Statistischen Bundesamt wird auf gewisse Wandlungen, die sich bei den Anforderungen an die Finanzstatistik ergeben haben, hingewiesen. Zu den jährlichen Strukturuntersuchungen treten in immer stärkerem Maße konjunkturelle Beobachtungen mit Hilfe der monatlichen und vierteljährlichen Finanzstatistiken. Daneben entwickelt sich eine längerfristige Haushaltsvorausschau mit Hilfe der Haushaltsansatzstatistik. Die weitere Entwicklung wird nicht zuletzt auch von der geplanten Haushaltsreform abhängen. Die Verhandlungen über diese Reform dürften sich allerdings noch längere Zeit hinziehen.

Aus dem Kreis des Beirats wird bedauert, daß bei den Überlegungen über eine Reform der Haushaltsplanung und damit der Rechnungslegung der öffentlichen Körperschaften insbesondere von seiten der Länder die finanzwirtschaftlichen Gesichtspunkte gegenüber der

ökonomischen Betrachtungsweise immer noch zu stark in den Vordergrund gestellt werden. Vom Statistischen Bundesamt wird über die bisherigen Arbeiten (u.a. Auswertung des jetzt zur Verfügung stehenden Materials nach ökonomischen Gesichtspunkten) berichtet und darauf hingewiesen, daß der Haushaltsplan nun einmal in erster Linie ein Instrument der Verwaltungsführung ist. Forderungen nach stärkerer ökonomischer Transparenz müssen sich daher auf wichtige Punkte konzentrieren. Ein zu weitgehendes Wunschprogramm, bei dem die haushaltswirtschaftlichen Belange zu Gunsten einer allgemeinen ökonomischen Auswertungsmöglichkeit beeinträchtigt würden, verfielen wahrscheinlich von vornherein der Ablehnung. Trotzdem sollte man zumindest für die Rechnungslegung eine strenge Unterscheidung nach Kostenträgern, Kostenstellen und Kostenarten - wie sie das Bundesministerium für Wirtschaft empfiehlt - in den weiteren Beratungen sorgfältig erörtern.

In der Ablehnung der Personalstrukturerhebung 1965 durch den Bundesrat besteht nach Ansicht des Bundesamtes und einiger Beiratsmitglieder ein Widerspruch zu den an anderer Stelle von den Ländern erhobenen Forderungen nach Strukturdaten im Zusammenhang mit personalwirtschaftlichen Problemen (siehe die Diskussion über die Bildungsstatistik). In der Statistik der Wissenschaftsfinanzierung sind zusätzliche Arbeiten insbesondere zur besseren Durchleuchtung des nicht-öffentlichen Sektors zu erwarten. Da das neue Bewertungsgesetz in dieser Legislaturperiode noch verabschiedet wird, kann mit der vorgesehenen Statistik der Einheitswerte des Grundbesitzes etwa 1968 - bis dahin werden sich die Veranlagungsarbeiten bei den Finanzämtern hinziehen - gerechnet werden. Damit würde sie allerdings auf ein von anderen Statistiken bereits stark belastetes Jahr fallen. Eine Einkommen- und Lohnsteuerstatistik wird für 1965 durchgeführt werden, und zwar mit besonderer Rechtsgrundlage, falls das vorgesehene Steuerstatistische Gesetz nicht rechtzeitig zu Beginn der neuen Legislaturperiode des Bundestags verabschiedet werden kann.

VIII. Bevölkerungs- und Kulturstatistik

Die Ergebnisse der Berufszählung 1961 in berufssystematischer Gliederung werden voraussichtlich im August 1965 vorliegen. Dem Vorschlag der Bildung eines Arbeitskreises "Berufsstatistik" wird zugestimmt. Er soll sich vor allem mit Fragen der Berufssystematik, der sozio-ökonomischen Gliederung und mit der Erfassung der beruflichen Tätigkeit bei der nächsten Volks- und Berufszählung befassen. Dem Arbeitskreis werden angehören: Vertreter der Bundesministerien für Arbeit und Sozialordnung sowie für Wirtschaft, der Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung, der Arbeitsstelle für betriebliche Berufsausbildung, des Deutschen Industrie- und Handelstages, der Gewerkschaften und der Arbeitgeberverbände sowie von Fall zu Fall weitere Sachverständige. Die erste Sitzung soll noch im Sommer d.J. stattfinden.

Als Vertreter der Ständigen Konferenz der Kultusminister der Länder und Vorsitzender der von ihr gebildeten Arbeitsgruppe für Bedarfsfeststellung weist Staatssekretär Dr. Müller (Hessen) auf die Notwendigkeit einer umfassenden Bildungsplanung hin. Hierfür wird nach Größen gesucht, an denen sich die Bedarfsfeststellung orientieren kann.

Die hierzu erforderlichen Bevölkerungsvorausschätzungen müssen sich auch auf die 11 Länder erstrecken, weil die Zuständigkeit im Bereich des Schul- und Hochschulwesens bei den Ländern liegt. Ein besonderes Problem bildet hierbei die Vorausschätzung der Wanderungen zwischen den Bundesländern. Da es nicht ratsam ist, daß jedes Land unabhängig eine Bevölkerungsvorausschätzung vornimmt, wird eine Zusammenarbeit zwischen dem Statistischen Bundesamt und den Statistischen Landesämtern vorgeschlagen. Die Amtsleiter stimmten zu, diesen Punkt in die Tagesordnung ihrer nächsten Besprechung aufzunehmen.

Staatssekretär Dr. Müller weist auch auf die Notwendigkeit der Reform der Hochschulstatistik hin und empfiehlt, die erste Individualerhebung bereits in den Primen der Gymnasien durchzuführen, um auf diese Weise eine Grundlage für die darauf aufbauende Hochschulstatistik zu gewinnen.

Die Aussprache ergibt, daß der Beirat der Statistik bei der Bildungsplanung große Bedeutung beimißt. Soweit es sich um die Abschätzung der wirtschaftlichen Entwicklung nach Wirtschaftsbe-
reichen und des Bedarfs für bestimmte Berufe handele, sei die amtliche Statistik allerdings etwas überfordert. Derartige Voraus-
schätzungen entsprechen auch nicht dem wirtschaftspolitischen Konzept der Bundesregierung. Dennoch sollte überlegt werden, wie-
weit die Statistik Hilfestellung leisten kann. In Bezug auf eine Vorausschätzung des Bedarfs für bestimmte Berufe dürfte es möglich sein, wenigstens den Ersatzbedarf zu bestimmen.

An die vom Statistischen Bundesamt schon vorgenommenen und zu wiederholenden Vorausschätzungen der Bevölkerung und der Erwerbs-
personen, werden sich Vorausschätzungen der Haushalte und des Wohnungsbedarfs anschließen; dabei sind auch die Wandlungen in der Struktur der Haushalte zu berücksichtigen.

IX. Mitteilungen aus der Verwaltung des Amtes

Zu diesem Punkt ergibt sich keine Diskussion.

Die nächste Beiratstagung wird aller Voraussicht nach im nächsten Frühjahr stattfinden. Das Statistische Bundesamt wäre für Anregungen aus dem Beirat dankbar, welche allgemeinen Themen behandelt werden sollen. Von seiten des Beirats wird vorgeschlagen, sich einmal mit der Frage der wissenschaftlichen Konzeption des Bundesamtes zu be-
fassen. Man beobachtet mit großer Sorge, daß die nicht ausreichende personelle Ausstattung des Amtes, insbesondere mit höherwertigen Stellen, auf die Dauer einen Verlust an wissenschaftlicher Substanz der Amtsarbeit zur Folge haben muß. Der Vertreter des Bundesministe-
riums des Innern, der das (bei diesem Punkt nicht mehr vertretene) Bundesministerium der Finanzen hiervon unterrichten wird, weist darauf hin, daß in der letzten Zeit bereits einige Fortschritte zu verzeich-
nen sind. Die Anforderungen sollten auch unter den Gesichtspunkten des Finanzministeriums gesehen und getrennt auf Nah- und Fernziele

ausgerichtet werden. Es wird beschlossen, daß dieses Thema auf einer neuen Beiratstagung einmal im Rahmen der Tagesordnung mitbehandelt werden soll.

Mit dem Dank an die Teilnehmer für die intensive und fruchtbare Mitarbeit beendet der Vorsitzende die Tagung.

Am Nachmittag des zweiten Sitzungstages hielt der Generaldirektor des Statistischen Amtes der Europäischen Gemeinschaften, Professor Dr. Wagenführ, vor den Beiratsmitgliedern einen Vortrag über die Arbeiten und insbesondere die langfristige Planung seines Amtes.

vot
rundschau ffm
4186511a stb d

fs nr 5140 28.5.65 1705 =

an
rundschau ffm

mitteilung an die presse

statistischer beirat tagte in wiesbaden

im statistischen bundesamt in wiesbaden fand soeben die 13. tagung des statistischen beirats ihren abschluss. mitglieder des beirats, der durch gesetz dazu berufen ist, das statistische bundesamt bei der durchfuehrung seiner aufgaben zu beraten, sind die bundesministerien, die spitzenverbaende, die wirtschaftswissenschaftlichen institute und sonstige organisationen als benutzer und die statistischen landesaemter als durchfuehrende stellen der bundesstatistik.

zur diskussion stand - wie schon bei frueheren tagungen - die frage, ob und auf welche weise die befragten und die statistischen aemter durch eine weitere rationalisierung der statistischen arbeit entlastet werden koennen. untersuchungen hierueber sind zunaechst auf dem gebiet der industriestatistik in die wege geleitet worden.

bei der eroeerterung des programms der auslandestatistik ergab sich, dass der schwerpunkt der arbeit auch kuenftig bei der sammlung und darstellung statistischer ergebnisse fuer die entwicklungslaender liegen wird, weil diese unterlagen fuer die entscheidungen ueber die gewaehrung finanzieller hilfen benoetigt werden.

weiterhin bestand gelegenheit, fragen der bereitstellung von statistischen unterlagen fuer die bildungspolitik und bildungsplanung zu behandeln. aus berufenem munde wurden hierzu anregungen und vorschlaege von staatssekretaer dr. mueller vom hessischen kultusministerium gegeben.

die bundesstatistik wird auch weiterhin von anforderungen beeinflusst sein, die sich von seiten der europaeischen gemeinschaften, ergeben. die absichten und plaene der ewg auf statistischem gebiet wurden zum abschluss der tagung von professor dr. wagenfuehr, dem leiter des statistischen amtes der europaeischen gemeinschaften, erlaeutert. =

statistisches bundesamt
gez.: p. schmidt ++

rundschau ffm

B u l l e t i n des Presse und Informationsamtes der
Bundesregierung

vom 11. Juni 1965 Nr. 100 Seite 805

Statistischer Beirat tagte in Wiesbaden

Das Statistische Bundesamt teilt mit: Im Statistischen Bundesamt in Wiesbaden fand soeben die 13. Tagung des Statistischen Beirats ihren Abschluß. Mitglieder des Beirats, der durch Gesetz dazu berufen ist, das Statistische Bundesamt bei der Durchführung seiner Aufgaben zu beraten, sind die Bundesministerien, die Spitzenverbände, die Wirtschaftswissenschaftlichen Institute und sonstige Organisationen als Benutzer und die statistischen Landesämter als durchführende Stellen der Bundesstatistik.

Zur Diskussion stand — wie schon bei früheren Tagungen — die Frage, ob und auf welche Weise die Befragten und die statistischen Ämter durch eine weitere Rationalisierung der statistischen Arbeit entlastet werden können. Untersuchungen hierüber sind zunächst auf dem Gebiet der Industriestatistik in die Wege geleitet worden. Bei der Erörterung des Programms der Auslandsstatistik ergab sich, daß der Schwerpunkt der Arbeit auch künftig bei der Sammlung und Darstellung statistischer Ergebnisse für die Entwicklungsländer liegen wird, weil diese Unterlagen für die Entscheidungen über die Gewährung finanzieller Hilfen benötigt werden. Weiterhin bestand Gelegenheit, Fragen der Bereitstellung von statistischen Unterlagen für die Bildungspolitik und Bildungsplanung zu behandeln. Aus berufenem Munde wurden hierzu Anregungen und Vorschläge von Staatssekretär Dr. Müller vom Hessischen Kultusministerium gegeben. Die Bundesstatistik wird auch weiterhin von Anforderungen beeinflusst sein, die sich von seiten der europäischen Gemeinschaften ergeben. Die Absichten und Pläne der EWG auf statistischem Gebiet wurden zum Abschluß der Tagung von Professor Dr. Wagenfuehr, dem Leiter des Statistischen Bundesamtes der Europäischen Gemeinschaften, erläutert.

★

Statistischer Beirat tagte

Im Statistischen Bundesamt in Wiesbaden fand die 13. Tagung des Statistischen Beirats ihren Abschluß. Mitglieder des Beirats, der durch Gesetz dazu berufen ist, das Statistische Bundesamt bei der Durchführung seiner Aufgaben zu beraten, sind die Bundesministerien, die Spitzenverbände, die wirtschaftswissenschaftlichen Institute und sonstige Organisationen als Benutzer und die statistischen Landesämter als durchführende Stellen der Bundesstatistik.

Zur Diskussion stand — wie schon bei früheren Tagungen — die Frage, ob und auf welche Weise die Befragten und die statistischen Ämter durch eine weitere Rationalisierung der statistischen Arbeit entlastet werden können. Untersuchungen hierüber sind zunächst auf dem Gebiet der Industriestatistik in die Wege geleitet worden.

Bei der Erörterung des Programms der Auslandsstatistik ergab sich, daß der Schwerpunkt der Arbeit auch künftig bei der Sammlung und Darstellung statistischer Ergebnisse für die Entwicklungsländer liegen wird, weil diese Unterlagen für die Entscheidungen über die Gewährung finanzieller Hilfen benötigt werden.

Weiterhin bestand Gelegenheit, Fragen der Bereitstellung von statistischen Unterlagen für die Bildungspolitik und Bildungsplanung zu behandeln. Aus berufenem Munde wurden hierzu Anregungen und Vorschläge von Staatssekretär Dr. Müller vom Hessischen Kultusministerium gegeben.

Die Bundesstatistik wird auch weiterhin von Anforderungen beeinflußt sein, die sich von seiten der europäischen Gemeinschaften ergeben. Die Absichten und Pläne der EWG auf statistischem Gebiet wurden zum Abschluß der Tagung von Professor Dr. Wagenfuehr, dem Leiter des Statistischen Bundesamtes der Europäischen Gemeinschaften, erläutert.

Konsequenzen

der Beiratstagung am 25./26. Mai 1965

A. Allgemeiner Teil

Punkt I. 1. Statistisches Instrumentarium

- a) Es wäre zu überlegen, ob künftige Einkommens- und Verbrauchsstichproben stärker als bisher auf die Ermittlung von Vermögensdaten abgestellt werden sollten.
- b) Einzelheiten des künftigen Nachweises von statistischen Ergebnissen nach anderen als verwaltungsmäßigen Raumeinheiten sollen zwischen Bundesamt, Landesämtern und anderen Stellen erörtert werden.

Punkt I. 2. Rechtsgrundlagen

Nach Erörterung des Änderungsgesetzes zum StatGes im Arbeitskreis für Rechtsfragen (Herbst 1965) wird zur nächsten Beiratstagung ein Gesetzentwurf vorgelegt werden.

Punkt I. 3. Beirats- und Fachausschußarbeit

Es wird zu prüfen sein, ob der im Amtsbericht gegebene Überblick über die Tagungen der Beiratsgremien durch Aufnahme der Referentenbesprechungen ergänzt werden und ob dem Amtsbericht ein Stichwortverzeichnis beigegeben werden kann.

Punkt I. 4. Arbeits- und Zeitpläne

Die langfristige Arbeits- und Zeitplanung soll - entsprechend der Vorschau 1966 - 71 - beibehalten werden.

Punkt I.5. Rationalisierung

Der vom Beirat eingesetzte Arbeitskreis soll im Herbst d.J. über die Ergebnisse der derzeitigen Untersuchungen bei den Landesämtern beraten. Später soll er das Programm auf Einschränkungsmöglichkeiten in sachlicher, zeitlicher und räumlicher Hinsicht durchsehen. Über den bisherigen Kreis hinaus sind der Deutsche Städtetag und von Fall zu Fall das BMF zu beteiligen.

Punkt II. Auslandsstatistik

- a) Die geäußerten Wünsche für die künftigen Arbeiten werden zu prüfen sein (Bildung von Zwischensummen für Entwicklungsländer im Jahrbuch, Ausbau der Verbrauchergeldparitäten, Nachweis von Forschungsausgaben des Auslandes, Angaben über betriebliche Berufsausbildung).
- b) Bei den Länderberichten sollen neben den Entwicklungsländern auch Ostblockstaaten und andere Länder (z.B. Spanien) berücksichtigt werden.
- c) Mit den Hauptinteressenten soll demnächst ein gemeinsames Gespräch über das Programm und die Prioritäten der Arbeiten geführt werden.

B. Berichte der Abteilungen

Punkt I. Allgemeine Organisation der Statistik, Allgemeine Auslandsstatistik

- a) Form und Turnus der Neuherausgabe des Stichprobenbandes werden zu prüfen sein.
- b) Auf eine weiterhin einheitliche Maschinenausstattung in den Statistischen Ämtern soll hingewirkt werden.

- c) Im nächsten Amtsbericht wird ausführlich über die Pläne für eine Verbesserung und Beschleunigung der Aufbereitungsarbeiten sowie für eine weitere Koordinierung der gesamten Aufbereitung zu berichten sein.

Punkt II. Allgemeine fachliche Koordinierung, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen

Es wird versucht werden, die Arbeiten an der Veröffentlichung über die Methoden der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen voranzutreiben.

Punkt III. Ernährungs- und Landwirtschaftsstatistik

Bei einer Wiederholung der Obstbaumzählung wird angestrebt werden, auf ein teilweise repräsentatives Verfahren überzugehen.

Punkt IV. Industrie- und Handwerksstatistik

- a) Mit den Investitionserhebungen (Frühjahr 1966) wird sich voraussichtlich im September 1965 der Fachausschuß befassen.
- b) Die Erörterung einer evtl. Überprüfung und Änderung des Konzepts des Produktionsindex soll im engeren Kreis fortgesetzt werden.

Punkt V. Handels- und Verkehrsstatistik

Das Auswärtige Amt hat um Beteiligung an den Überlegungen zur späteren Weiterführung der Außenhandelsstatistik gebeten.

Punkt VI. Statistik der Preise, Löhne und Wirtschaftsrechnungen, des Wohnungs- und des Sozialwesens

- a) Die Ergebnisse der Baulandpreisstatistik könnten nach Klärung einiger technischer Schwierigkeiten über die Verwaltungsgliederung hinaus (z.B. für Großstadtbezogene Gemeinden) tabelliert werden. Die Ursachen für die Abweichungen der Jahresergebnisse von den Vierteljahressummen werden im Fachausschuß erörtert werden.

- b) Die Unterschiede der Ausgabenstruktur bei der Ein-
kommens- und Verbrauchsstichprobe und den laufenden
Wirtschaftsrechnungen werden untersucht werden.
- c) In der laufenden Preisstatistik werden in Kürze auch
die Mieten der frei finanzierten Wohnungen beobachtet
werden.

Punkt VII. Finanz- und Steuerstatistik

Bei den Beratungen über die weitere Entwicklung der
Finanzstatistik wird zu erörtern sein, ob künftig nicht
zumindest für die Rechnungslegung eine strenge Unter-
scheidung nach Kostenträgern, Kostenstellen und Kosten-
arten vorgenommen werden soll.

Punkt VIII. Bevölkerungs- und Kulturstatistik

- a) Die erste Sitzung des neu gebildeten Arbeitskreises
"Berufsstatistik" soll im Sommer d.J. stattfinden.
(Hat am 23. Juni getagt).
- b) Bei den Bevölkerungsvorausschätzungen für die Bundes-
länder sollen Bundesamt und Landesämter zusammenar-
beiten. Die Angelegenheit soll auch im Amtsleiter-
kreis erörtert werden (s.a. LAK Bad Ems am 22./23.
Juni 1965, Punkt II 1 der TO).
- c) Im Zusammenhang mit der Reform der Hochschulstatistik
soll die erste Individualerhebung bereits in den
Primen der Gymnasien durchgeführt werden (u.a. bereits
am 29. Juni im Arbeitskreis "Reform der Hochschul-
statistik" erörtert).